

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
181 · Ausgabe BL·BS · April 2019



Gemeinsam in die nationalen Wahlen!

Die letzten Grossrats- und Landratswahlen gehörten zu den engagiertesten Wahlkämpfen, die die SP in den beiden Basel je geführt hat. Noch nie haben sich so viele Menschen innerhalb und ausserhalb der SP für eine Politik für alle statt für wenige engagiert. Deshalb konnten wir als SP diese Wahlen auch gewinnen: In Basel-Stadt konnte mit 32,5 % das beste Ergebnis seit mehreren Jahrzehnten erzielt werden, in Baselland ist die SP nicht nur die stärkste Partei geworden, sondern sie hat auch mit Kathrin Schweizer wieder den Sprung in die Regierung geschafft.

Darauf möchten wir für die Nationalrats- und Ständeratswahlen am 20. Oktober aufbauen: Wir reden mit den Menschen und nicht über sie – und zwar an der Haustüre in unseren Quartieren. In kleinen Gruppen sind wir im Quartier unterwegs – eben von «Tür zu Tür» – und fragen die Leute, welche Themen der SP und des Quartiers sie bewegen. Die Ergebnisse erfassen wir auf Papier. Dies alles unter Anleitung von mehreren Campaignerinnen und Campaignern. Am Ende der Strasse oder am Ende eines Blocks trifft man sich wieder und geht dann zusammen zu den nächsten Wohnhäusern. Wir



Kerstin Wenk ist Grossrätin und Wahlkampfleiterin der SP BS



Jonas Eggmann ist Wahlkampfleiter der SP BL

werden nicht als SP-Plakatsäulen unterwegs sein, aber sicher mit einem Kleber erkennbar. Auch haben wir einen speziellen Flyer dabei, für jene Leute, welche wir nicht zu Hause angetroffen haben.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass in den Kantonen Zürich und Luzern, wo die Quartierumfrage bereits stattgefunden hat, viel mehr Mitglieder teilgenommen haben und auch viel mehr Gespräche geführt wurden als erwartet. Wir bieten eine weitere Möglichkeit, sich zu engagieren. Die Bevölkerung hat – in den Städten, Agglomerationen und auf dem Land – überaus positiv reagiert. Wer erwartet denn schon, dass die SP klingelt und nach der Meinung fragt. Auch konnten so viele Neumitglieder gewonnen werden. Der persönliche Kontakt ist zentral und erfolgversprechender als ein Inserat. Zudem können wir in der heissen Phase die Leute, welche an der Umfrage teilgenommen haben, anrufen und sie auf die Wahlen hinweisen. Idealerweise haben sie bei der «Tür-zu-Tür-Aktion» auch unsere Kandidatinnen und Kandidaten bereits persönlich kennengelernt.

Die Quartierumfrage ist unsere grosse Vorwahlkampfkampagne. Wir haben uns entschieden, mit den

Menschen zu reden und sie nach ihrer Meinung zu fragen. Ziel in Basel-Stadt ist es, die Ergebnisse der Befragungen für die Grossratswahlen im 2020 verwenden zu können. In Baselland gilt dasselbe für die Gemeindewahlen im Februar 2020.

Die Wahlkampfleitungen der SP Baselland und Basel-Stadt haben beschlossen, den Auftritt – auch den grafischen – für die Wahlen im Herbst aufeinander abzustimmen und wo möglich eng zusammenzuarbeiten. Einerseits können wir so die Synergien und auch die Energien optimal nutzen, andererseits sind wir eine Region, die zusammengehört. Gemeinsam sind wir stark. Dies gilt auch für uns.

Der persönliche Kontakt ist zentral und erfolgversprechender als ein Inserat.

Stärkste Partei, grösste Fraktion, Regierungsrätin

Es ist geschafft! Am 31. März wurde Kathrin Schweizer mit einem Glanzresultat zur neuen Baselbieter Regierungsrätin gewählt. Die SP wurde zur stärksten Partei des Kantons und stellt ab Sommer die grösste Fraktion im Landrat. Durch die Gewinne von SP und Grünen sowie die grossen Verluste der SVP sind neue Kräfteverhältnisse im Parlament entstanden. Das macht uns stolz – und hoff-

nungsvoll. Auch wenn CVP, FDP und SVP weiterhin in der Mehrheit sind: Im Parlament und in der Regierung werden soziale und ökologische Anliegen wieder grösseres Gewicht erhalten. Im Baselbiet ist wieder Zukunft statt Abbau möglich.

Der Wahlerfolg war nur möglich dank der riesigen Unterstützung der Parteimitglieder und weiterer AktivistInnen. Über 500 Leute

haben sich aktiv beteiligt, wir haben mit über 15 000 Menschen am Telefon gesprochen und sehr viel gearbeitet. Ein herzliches Dankeschön an alle! Nun sammeln wir motiviert neue Kräfte für die nationalen Wahlen im Herbst.

Adil Koller, Präsident
Miriam Locher, Fraktionspräsidentin
Jonas Eggmann, Wahlkampfleiter



- 1 Glanzresultat: Kathrin Schweizer überholte sogar zwei bisherige Regierungsmitglieder
- 2 Abwechslungsreiches und gut besuchtes Wahlfest in Liestal
- 3 Mitfiebern bis zu den letzten Resultaten
- 4 Wahlkampfleiter Jonas Eggmann und die «Campaigner» Nils Jocher und Yasmine Perrinjaquet
- 5 Adil Koller und Samira Marti richten ihren Dank auch an Stefan Birrer, den Ehemann von Kathrin Schweizer

ABSTIMMUNGEN VOM 19. MAI: PAROLENANTRÄGE DER GL DER SP BASELSTADT

- Bildungsressourcen gerecht verteilen
- Stopp dem Abbau an öffentlichen Schulen
- STAF
- Waffenrecht

Stimmfreigabe
Nein
Ja
Ja

BILDUNGSWEEKEND BALMBERG: ANMELDEN!

Vom 10. bis 12. Mai findet auch dieses Jahr auf dem Balmberg das Bildungswochenende der SP Baselland statt: Es hat noch freie Plätze.

Informationen und Anmeldung unter: sp-bl.ch/Bildungsweekend

AGENDA SP BL

- Mittwoch, 1. Mai, 13.30 Uhr
1. Mai-Feier: Frau* hat Recht!
Bahnhof (Demo) und Rathausstrasse (Feier), Liestal
- Samstag, 4. Mai, 13.30 Uhr
Geschäftsdelegiertenversammlung und Nominations-DV
Arlesheim, Mehrzweckhalle Domplatzschulhaus
- Donnerstag, 9. Mai, 19 Uhr
Podiumsdiskussion mit Bäuerinnen zum Frauentreiktag
Restaurant Rössli, Hölstein
- Freitag bis Sonntag, 10. – 12. Mai
Bildungswochenende SP Baselland, Balmberg
Anmeldungen unter: sp-bl.ch/Bildungsweekend
- 18./19. Mai und 22. Juni – Sameltage Prämien-Entlastungs-Initiative
- 14. Juni – Frauentreiktag
- Mittwoch, 19. Juni, 19.15 Uhr – Koordinationskonferenz SP Baselland
Markthalle, Basel
- Mittwoch, 26. Juni, 19.30 Uhr
Sessionsbericht aus Bern mit Eric Nussbaumer und Samira Marti
Gemeindezentrum, Reinach



Solide Finanzpolitik weiterführen

AM 19. MAI 2019 STIMMEN WIR ÜBER ZWEI KANTONALE INITIATIVEN AB, DIE FÜR DIE KÜNFTIGE FINANZPOLITIK ZENTRAL SIND. WÄHREND DIE KRANKENKASSENINITIATIVE ZU HOHEN STEUER-AUSFÄLLEN FÜHRT, SCHAFFT DIE TOPVERDIENERSTEUER-INITIATIVE MEHR STEUERGERECHTIGKEIT.

Im Februar wurde die Steuervorlage 17 von der Stimmbevölkerung angenommen. Mit deren Umsetzung werden die Steuern für natürliche Personen um CHF 70 Mio. gesenkt und CHF 10 Mio. mehr für Prämienverbilligungen ausgegeben. Zudem wird der Versicherungsabzug schrittweise erhöht. Von diesen Massnahmen profitieren alle. Eine weitere Senkung hingegen würde ein Loch in unseren Staatshaushalt reissen und zu einem Leistungsabbau auf Kosten des Mittelstandes führen.

Darum NEIN zur Krankenkassen-Initiative

Die Annahme der Krankenkasseninitiative gefährdet die stabile Finanzpolitik massiv, denn sie ist zu teuer: Die Steuerausfälle betragen je nach Umsetzung bis zu CHF 200 Mio. pro Jahr. Damit wird es zu einem Leistungsabbau kommen. Die Initiative ist zudem ein Fass ohne Boden: Falls die Prämien weiter ansteigen, werden sich die Mindereinnahmen ebenso erhöhen. Durch die jährlich



Tanja Soland,
Grossrätin
SP Basel-Stadt

steigenden Steuerausfälle ist die solide Finanzpolitik in Gefahr. Und die Initiative ist ungerecht: Alle können die Prämien abziehen, auch Topverdiener. Die hohen Einkommen werden von der Initiative mehr profitieren, aber die Quittung erhält der Mittelstand.

Mehr Steuergerechtigkeit dank der Topverdienersteuer-Initiative

Mit der Topverdienersteuer wird das Steuersystem progressiver und gerechter. Neu sollen Einkommen von Einzelpersonen ab CHF 200 000 mit 28 % anstelle der bisheri-

gen 26 % besteuert werden. Für Einkommen ab CHF 300 000 wird ein neuer Steuersatz von 29 % eingeführt. Durch diese moderate Erhöhung der Steuersätze wird es mehr Steuergerechtigkeit geben.

Topverdiener bezahlen zu wenig, denn deren Einkommen sind in den letzten Jahren massiv gestiegen, während die tiefen und mittleren Einkommen stagnierten. Mit dieser Initiative wird zudem der Steuerwettbewerb abgeschwächt, denn Topverdiener bezahlen in Basel-Stadt weniger Steuern als in vielen Gemeinden in Baselland. Mit der Initiative wird dieser Steuerwettbewerb eingeschränkt, die Steuersätze gleichen sich an. Um als Einzelperson von der Topverdienersteuer betroffen zu sein, muss man im Jahr effektiv mindestens CHF 220 000–240 000 verdienen. Nur 1 % der Bevölkerung ist von der Initiative betroffen, aber wir alle würden profitieren. Mit der Annahme der Initiative leisten die Topverdiener ihren Beitrag zu einer soliden Finanzpolitik unseres Kantons.



Das Staatsarchiv und das Naturhistorische Museum sind wertvolle Institutionen, welche Generationen von Baslerinnen und Baslen kennen und schätzen. Für sie braucht es ein neues Zuhause. Der gemeinsame Neubau ist gut erreichbar und bietet mehr Platz für ein anregendes Erleben und Forschen. Deshalb JA zu Museum und Archiv!

Sebastian Kölliker, Grossrat SP BS

PAROLEN SP BS FÜR DEN 19. MAI 2019

Kantonal	• Initiative für eine Topverdienersteuer	Ja
	• Initiative für einen Steuerabzug der Krankenkassenprämien	Nein
	• Neubau Staatsarchiv und Naturhistorisches Museum	Ja
	• Ozeanium	Stimmfreigabe
	• Teilrevision der direkten Steuern (Kirchensteuer)	Stimmfreigabe
National	• Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)	Ja
	• Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie im Schweizer Waffenrecht	Ja

AGENDA SP BS

- Mittwoch, 1. Mai 2019, 10 Uhr
Tag der Arbeit
Messeplatz, ab 11.30 Uhr Barfüsserplatz
- Sonntag, 19. Mai 2019
Abstimmungssonntag
Parolen auf www.sp-bs.ch
- Freitag, 14. Juni 2019
Frauenstreiktag
Ort wird noch bekannt gegeben
- Freitag, 21. Juni 2019, abends
Sommerfest
Ort wird noch bekannt gegeben
- Dienstag, 25. Juni 2019, 20 Uhr
Delegiertenversammlung
Volkshaus Basel, Unionsaal

Basel pro Klima

Ein JUSO-Projekt gipfelt in einem SP-Vorstosspaket: Vor einem guten Jahr hat sich unter der Leitung von Philipp Schuler die JUSO-Arbeitsgruppe «Klimawandel» gebildet, damit wir auch in Basel unseren Anteil zur Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen leisten. Für verschiedene Themen wurden Forderungen definiert und danach der Kontakt zur SP-Fraktion im Grossen Rat aufgenommen. Gemeinsam wurden aus den Forderungen konkrete Vorstösse formuliert und mit weiteren Forderungen ergänzt. In der Zwischenzeit hatte der Grosse Rat als erstes Kantonsparlament den Klimanotstand («Climate Emergency») ausgerufen. Unter dem Titel «Basel pro Klima» hat die SP-Fraktion im März eine Interpellation von Mustafa Atici und acht Motionen eingereicht. Sie werden allesamt in der Mai-Sitzung

des Grossen Rats traktandiert und umfassen einen bunten Strauss von klimarelevanten Themen:

■ **Trinkwasser** (Steffi Luethi): Ausbau der regenerativen Trinkwasserversorgung auch unter Berücksichtigung der gemeinsamen Interessen mit Baselland.

■ **Tropennächte** (Steffi Luethi) und **Stadt-Durchlüftung** (Alexandra Dill): Reduktion der Hitzeextreme und Tropennächte, die für gesundheitlich angeschlagene Menschen eine Belastung sind. Mit mehr Bäumen, Entsiegelung von Boden und baulichen Massnahmen können Hitzestaus im Sommer reduziert werden.

■ **Finanzanlagen** (Nicole Amacher): Der Kanton investiert nur noch in Anlagen, die CO₂-neutral sind.

■ **Waldumbau** (Lisa Mathys): Die Bäume, die heute in unseren Wäldern wachsen, halten dem zukünftigen



Alex Dill, Fraktionsvizepräsidentin



Lisa Mathys, Grossrätin und Paketverantwortliche

tigen Klima nicht stand. Heute handeln bei der Auf- und Nachforstung!

■ **Biodiversität** (Sasha Mazzotti): Synthetische Pestizide zum Schutz der Artenvielfalt.

■ **Klima-Abkommen** (Danielle Kaufmann): Basel-Stadt soll als Kanton die Vereinbarungen zur CO₂-Ausstoss-Reduktion verbindlich nachvollziehen und seinen CO₂-Ausstoss bis 2050 auf 0 senken.

■ **Bahn-statt Flugreisen** (Jörg Vitelli): Flüge über kurze Strecken sind besonders widersinnig. Für geschäftliche Reisen von Verwaltungsangestellten unter 1000 km sollen Flüge verboten und stattdessen Bahnreisen gebucht werden.

Mit unseren Vorstössen zeigen wir auch auf, wie vielfältig die Auswirkungen des Klimawandels sind und dass wir nicht nur handeln müssen, sondern auch können.

Bildungsinitiativen: Ja, aber? Aber nein!

AM 19. MAI STIMMEN WIR ÜBER ZWEI BILDUNGSPOLITISCHE INITIATIVEN DES LEHRERIN- UND LEHRERVEREINS BASELSTADT AB. «BILDUNGSRESSOURCEN GERECHT VERTEILEN UND FÜR DAS WESENTLICHE EINSETZEN!» HEISST DIE EINE UND «STOPP DEM ABBAU AN DEN ÖFFENTLICHEN SCHULEN!» DIE ANDERE. TROTZ DER SCHÖNEN TITEL KANN DEN BEIDEN INITIATIVEN NICHT ZUGESTIMMT WERDEN.

Beide Initiativen sind als durchaus nachvollziehbare Reaktion auf die rechtsbürgerliche Abbaupolitik der letzten Jahre entstanden. Der LVB wollte nicht ständig weitere Abbauprojekte bekämpfen müssen, sondern proaktiv eingreifen und vorsorgen. Die erste Initiative verlangt eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Landrats, um die Richt- und Höchstzahlen für Klassengrößen zu erhöhen, die Gesamtzahl der Lektionen in den handwerklichen, gestalterischen und musischen Fächern pro Schulstufe zu senken oder die individuelle Vor- und Nachbereitungszeit der Lehrpersonen pro Lektion zu kürzen. Diese Absichten sind zweifellos gut und richtig. Doch gut gemeint ist noch längst nicht gut gemacht. Zum einen, weil mit der vorgeschlagenen neuen Regelung statt des Bildungsrats der Landrat



Simone Abt ist Landrätin und Bildungsrätin

über Bildungsinhalte entscheiden würde, obwohl das Volk dies mehrfach abgelehnt hat. Zweitens läge ein qualifiziertes Mehr quer in der politischen Landschaft. Es würde die demokratischen Regeln verunklären und ein gefährliches Präjudiz schaffen. Nicht nur in der Bildung, auch in anderen Bereichen würde man nachziehen – etwa beim Strassenbau, in der Energiepolitik oder bei der Gesundheitsversorgung. Es ist aus staatspolitischen Gründen abzulehnen, dass die geforderten Mehrheitsverhältnisse zum Gegenstand eines Bazzars werden.

Die zweite Initiative («Bildungsressourcen gerecht verteilen») fordert genügend finanzielle Mittel für die nachhaltige Garantie der Qualität der Schulbildung, für bedürfnisgerechte Schulbauten sowie für lehrplan- und lehrmittelgerechte

Schuleinrichtungen. So weit, so gut. Doch darüber hinaus will die Initiative definieren, wo und wie allfällige Einsparungen vorgenommen werden sollen: Verzicht auf neue und Überprüfung bereits laufender überkantonaler Bildungsprojekte. Sparbeitrag der kantonalen Bildungsverwaltung (mind. 3%), Sparbeitrag der übrigen Schulstufen und allenfalls Neuverhandlungen interkantonalen Verträge. Es liegt aber nicht im Interesse der sozialdemokratischen Bildungspolitik, dass die Stufen gegeneinander ausgespielt werden.

Bei beiden Initiativen folgt einem spontanen «Ja» im Grundsatz gleich das «Aber» und bei näherem Hinsehen ein entschiedenes «Nein». Wer sie ablehnt, spricht sich noch lange nicht für einen Bildungsabbau aus. Schade, dass es im Landrat nicht möglich war, einen Kompromiss zum Wohle aller Schülerinnen und Schüler zu finden, ohne die verschiedenen Bildungsstufen gegeneinander auszuspielen und ohne ein willkürliches 2/3-Mehr zu schaffen.